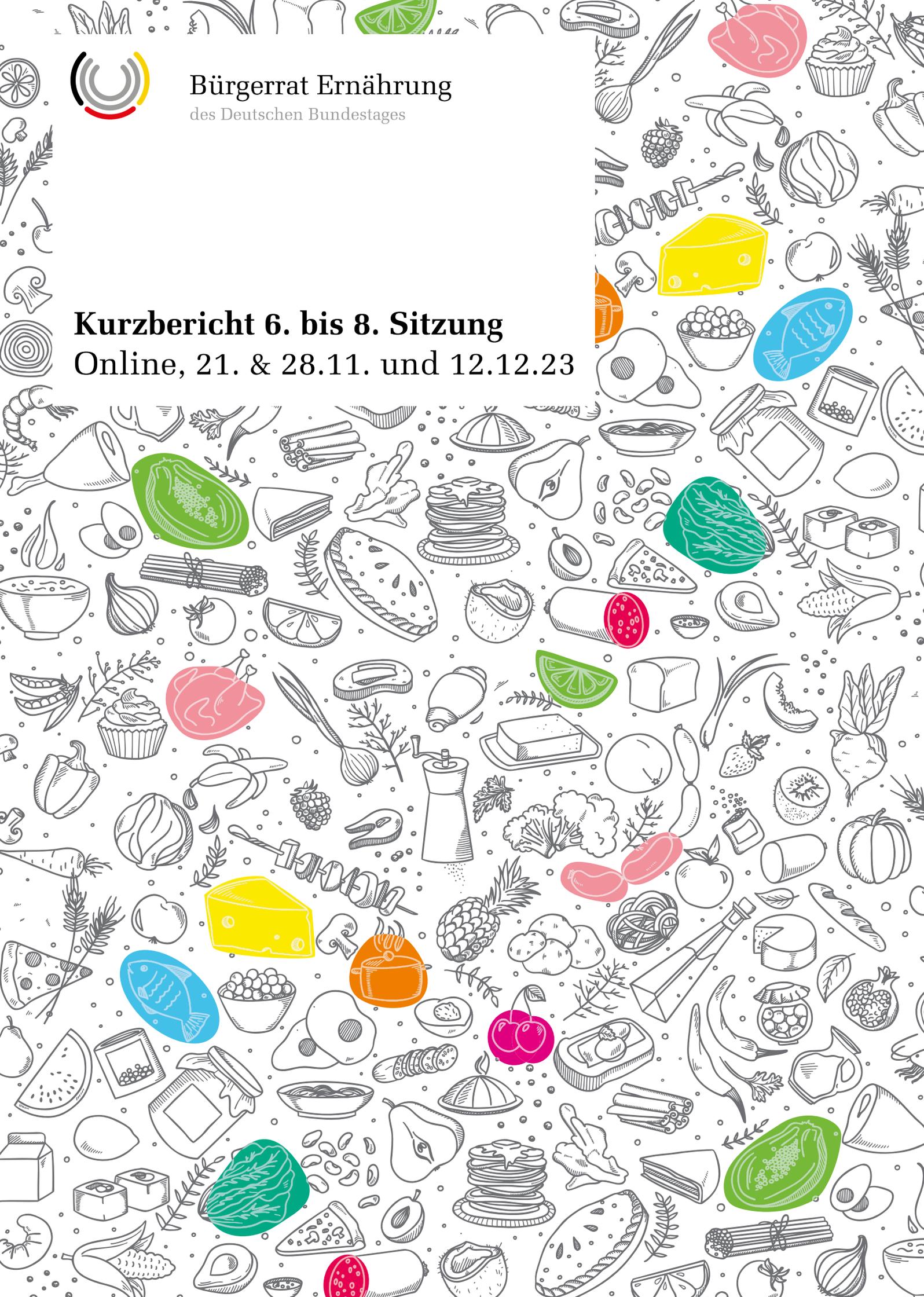




Bürgererrat Ernährung
des Deutschen Bundestages

Kurzbericht 6. bis 8. Sitzung Online, 21. & 28.11. und 12.12.23



Ziel und Ablauf der Sitzungen

Das Ziel der Online-Sitzungen 6-8 war es, Empfehlungsentwürfe zu formulieren. Die Teilnehmenden hatten am zweiten Wochenende neun Maßnahmenkörbe festgelegt, die sie weiterbearbeiten möchten. Davon ausgehend entwickelten die Teilnehmenden in verschiedenen Kleingruppen-Arbeitsphasen Empfehlungsentwürfe, die am 3. Präsenzwochenende Mitte Januar 2024 finalisiert und abgestimmt werden sollen.

Folgende Maßnahmenkörbe wurden bearbeitet:

- Label und Kennzeichnung
- Tierwohl und Tierhaltung
- Lebensmittelkontrolle
- Lebensmittelverpackung und -verschwendung
- Kostenloses Essen in Schulen und Kindergärten
- Essensqualität in Krankenhäusern und Senioreneinrichtungen
- Mehrwert- und andere Steuern
- Zucker und Zusatzersatzstoffe besteuern
- Aufklärung und Bildung für Ernährung (*nur 6. Sitzung*)

Ablauf Sitzungen 6-8

| Uhrzeit | Inhalt |
|--------------|--------------------------------------|
| 18:00 | Sitzungsbeginn und Einführung |
| 18:20 | Kleingruppen: 1. Arbeitsphase |
| 19:30 | Pause |
| 19:50 | Kleingruppen: 2. Arbeitsphase |
| 20:55 | Abschluss im Plenum |
| 21:00 | Sitzungsende |

Methodisches Vorgehen

Die Teilnehmenden bearbeiteten die Körbe in Kleingruppen. In der 6. und 7. Sitzung wurde jeder der vorher festgelegten neun Maßnahmenkörbe in einer Arbeitsphase parallel von zwei zufällig zusammengestellten Kleingruppen mit jeweils ca. 7 bis 10 Teilnehmenden behandelt. Die zwei Gruppen, die den gleichen Maßnahmenkorb bearbeitet hatten, wurden in einer zweiten Arbeitsphase nach der Pause zusammengeführt. Sie berichteten sich gegenseitig über ihre Zwischenergebnisse und formulierten gemeinsame Empfehlungsentwürfe zu ihrem Maßnahmenkorb. In der 8. Sitzung arbeiteten 12 Kleingruppen mit jeweils ca. 12 Teilnehmenden zu jeweils einem Empfehlungsentwurf.

Dabei konnten die Teilnehmenden vorab persönliche Präferenzen angeben, zu welcher Maßnahme sie gerne arbeiten wollen.

Die Sitzungen 6 - 8 folgten dem Aufbau eines World-Cafés in drei Runden. Neue Gruppen arbeiteten auf der Grundlage der Arbeitsergebnisse der vorangegangenen Gruppen an den Empfehlungen weiter. Moderationen und Assistenzen blieben bei ihrem Thema. Sie stellten zu Beginn der Sitzungen 7 und 8 jeweils den Arbeitsstand vor und konnten Entscheidungen der vorangegangenen Gruppen erläutern.

Experten-Beiträge

Die Teilnehmenden wurden unterstützt durch Experten und Expertinnen. Für jeden Maßnahmenkorb war eine Person anwesend, die als Faktenchecker agierte und bei Bedarf in die jeweiligen Kleingruppen gerufen werden konnte. Folgende Experten und Expertinnen waren als Faktenchecker in den Sitzungen anwesend:

| Name | Zugeordnetes Thema | Sitzung | | |
|---|--|---------|---|---|
| | | 6 | 7 | 8 |
| Prof. Dr. Regina Birner, Universität Hohenheim | Label und Kennzeichnung | X | X | |
| Prof. Dr. Achim Spiller, Georg-August-Universität Göttingen | Label und Kennzeichnung | | X | |
| Dr. Birgit Schulze-Ehlers, Georg-August-Universität Göttingen | Label und Kennzeichnung | | X | |
| Dr. Antje Risius, Georg-August-Universität Göttingen | Label und Kennzeichnung | | | X |
| Prof. Dr. Ulrike Arens-Azevedo, Wissenschaftlicher Beirat für Agrarwirtschaft und Ernährung des Bundesministeriums für Ernährung und Landwirtschaft | Kostenloses Essen in Kitas und Schulen; Essensqualität in Gemeinschaftsverpflegung | X | X | X |
| Dr. Ernestine Tecklenburg, Deutsche Gesellschaft für Ernährung e.V. | Kostenloses Essen in Kitas und Schulen; Essensqualität in Gemeinschaftsverpflegung | X | X | X |
| Dr. Bianca Blum, Albert-Ludwigs-Universität Freiburg | Mehrwertsteuer | X | X | X |
| Dr. med. Peter von Philipsborn, Ludwig-Maximilians-Universität München | Essensqualität in Gemeinschaftsverpflegung; Mehrwertsteuer | X | X | |
| Daniela Kirsch, Rebional GmbH | Essensqualität in Gemeinschaftsverpflegung | X | | |

| Name | Zugeordnetes Thema | Sitzung | | |
|--|--|---------|---|---|
| | | 6 | 7 | 8 |
| Prof. Dr. Melanie Speck, Hochschule Osnabrück | Essensqualität in Gemeinschaftsverpflegung | | X | |
| PD Dr. med. Thomas Ellrott, Georg-August-Universität Göttingen | Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern | X | X | X |
| Prof. Michael Laxy, Technische Universität München | Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern | | | X |
| Dr.-med. Martin Hulpke-Wette, Facharzt für Kinder- und Jugendmedizin | Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern | | | X |
| Prof. Dr. Harald Grethe, Humboldt-Universität zu Berlin | Tierwohl und Haltungsformen | | X | X |
| Dr. Ulrich Karpenstein, Rechtsanwalt | Tierwohl und Haltungsformen | | | X |
| Maik Maschke, Bundesverband der Lebensmittelkontrolleure e.V. | Lebensmittelkontrollen | X | X | X |
| Armin Valet, Verbraucherzentrale Hamburg | Verpackung und Verschwendung | X | X | |
| Sonja Pannenbecker, Verbraucherzentrale Bremen | Verpackung und Verschwendung | X | | |
| Annett Reinke, Verbraucherzentrale Brandenburg | Verpackung und Verschwendung | | X | |
| Dr. Britta Schautz, Verbraucherzentrale Berlin | Verpackung und Verschwendung | | | X |
| Dr. Barbara Kaiser, Bundesanstalt für Landwirtschaft und Ernährung | Aufklärung und Bildung für Ernährung | X | | |

Kurzvorträge der Expertinnen

Wenn es bei einem Thema auf den bisherigen Sitzungen noch keinen spezifischen Input gegeben hatte oder eine Kleingruppe Bedarf nach weiterem Input für die nächste Sitzung äußerte, hielten Experten in einzelnen Kleingruppen zu Beginn kurze Vorträge. Da die Teilnehmenden zwischen den Sitzungen die Gruppen wechselten, wurden einige Vorträge, teils leicht abgewandelt, mehrmals gehalten. Andere Inputs bezogen sich auf Fragestellungen, die auf der 6. oder 7. Sitzung erstmals aufgekommen sind und dann in der jeweils darauffolgenden Sitzung abgedeckt wurden. Die folgenden Kurzvorträge wurden in den thematisch zugeordneten Kleingruppen gehalten.

6. Sitzung:

- Daniela Kirsch zum Thema: Essensqualität in der Gemeinschaftsverpflegung – Einblicke aus der Praxis
- PD Dr. med. Thomas Ellrott zum Thema: Was ist eine Zuckersteuer?
- Dr. Bianca Blum zum Thema: Mehrwertsteuer im Bereich Lebensmittel

7. Sitzung:

- Prof. Dr. Ulrike Arens-Azevedo zum Thema: Handlungsspielraum des Bundes beim Thema kostenfreies Essen in Schulen und Kitas
- Prof. Dr. Melanie Speck zum Thema: Verbesserung der Ernährungsqualität in der Gemeinschaftsverpflegung
- Dr. Bianca Blum zum Thema: Mehrwertsteuer im Bereich Lebensmittel
- PD Dr. med. Thomas Ellrott zum Thema: Zuckersteuer: Begriffsklärung, Pro/Contra, Alternativen
- Prof. Dr. Harald Grethe zum Thema: Tierwohl und Tierhaltung

8. Sitzung:

- Dr.-med. Martin Hulpke-Wette zum Thema: Altersgrenze bei Energydrinks

Kleingruppenarbeit 6. Sitzung

In der 6. Sitzung starteten beide Kleingruppen zu einem Korb mit dem gleichen Ausgangsmaterial, das aus den vorherigen Sitzungen generiert wurde. Dafür wurden alle Ergebnisse der Online-Sitzungen und die Kommentare des Schreibgesprächs am 2. Wochenende zusammengeführt, den Körben zugeordnet und sortiert. Die Sortierung erfolgte entlang der Vorlage für die Empfehlungen, die am Ende entstehen sollen: in „Strategische Ziele“, „Maßnahmen“, „Ergänzungen“ und „Begründung“. Die Kleingruppen sichteten und sortierten dieses Material in der 1. Arbeitsphase zunächst und wählten schließlich aus, welche Ziele, Maßnahmen und Begründungen für sie besonders relevant waren.

In der zweiten Arbeitsphase präsentierten sich die Kleingruppen gegenseitig ihre Zwischenergebnisse und führten diese zu einem gemeinsamen Ergebnis zusammen. Teilweise entwickelten die Gruppen dabei auch schon erste Formulierungen für Empfehlungen. Die Materialsammlung und die Arbeitsergebnisse hielt das Moderationsteam auf einem Online-Whiteboard fest.

Am Ende der Sitzung waren sich die Kleingruppen zum Thema „Bildung und Aufklärung für Ernährung“ einig, dass sie den Maßnahmenkorb im Rahmen des Bürgerrats nicht weiterbearbeiten möchten. Grund dafür war, dass die Kompetenzen im Bereich Bildung nicht auf Bundes-, sondern auf Landesebene verortet sind. Außerdem hatten einige Teilnehmende für das Thema Bildung eine aus dem Bürgerrat ausgelagerte Arbeitsgruppe gegründet. Das Thema Aufklärung soll weiterhin als Querschnittsthema in den anderen Maßnahmenkörben mitgedacht werden. Eine finale Abstimmung zu Beginn von Sitzung 7 bestätigte das Aufgeben der Bearbeitung des Korbs „Aufklärung und Bildung für Ernährung“.

Kleingruppenarbeit 7. Sitzung

In der 7. Sitzung wurden nach dem Ausschluss des Korbes „Aufklärung und Bildung für Ernährung“ acht Körbe von insgesamt 17 Gruppen bearbeitet. Das Thema „Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern“ wurde von drei parallelen Kleingruppen bearbeitet, die anderen von zwei. Zu Beginn der ersten Arbeitsphase stellten die Moderationen die Zwischenergebnisse aus der 6. Sitzung anhand des Online-Whiteboards vor. In einigen Kleingruppen gab es auch kurze Vorträge der Experten und Expertinnen (siehe oben). Auf Grundlage der Ergebnisse der 6. Sitzung erarbeiteten die Kleingruppen dann Empfehlungsentwürfe zu ihren Maßnahmenkörben. In der zweiten Arbeitsphase wurden wieder jeweils zwei Kleingruppen mit demselben Thema zusammengeführt. Einige Gruppen erarbeiteten bereits Formulierungen, die nicht mehr auf dem Online-Whiteboard, sondern in einem Word-Dokument gesammelt wurden. Am Ende der Sitzung 7 entstanden so 12 Empfehlungsentwürfe, wobei zu einigen Maßnahmenkörben mehrere Empfehlungsentwürfe formuliert wurden (z.B. im Bereich Tierwohl eine Maßnahme „Tierwohllabel“ und eine Maßnahme „Tierwohlabgabe/-prämie“).

Kleingruppenarbeit 8. Sitzung

In der 8. Sitzung arbeiteten die Kleingruppen an den zwölf Empfehlungsentwürfen aus der 7. Sitzung. Diesmal arbeitete nur eine Gruppe pro Empfehlungsentwurf. Die Teilnehmenden konnten im Vorhinein drei Gruppen-Präferenzen angeben und wurden so entsprechend ihrer Wünsche den Empfehlungsentwürfen zugeteilt.

Zu Beginn stellten die Moderationen den aktuellen Stand und die zu diskutierenden Punkte anhand eines übersichtlichen Word-Dokuments sowie den dazugehörigen Graphic Recordings vor. Danach hatten die Gruppen in beiden Arbeitsphasen Zeit, um die Empfehlungsentwürfe auszuformulieren. Das Ergebnis der 8. Sitzung sind teilweise ausformulierte, teilweise noch stichpunktartige Empfehlungsentwürfe, die in einem Dokument pro Empfehlungsentwurf festgehalten sind. Diese werden vor der letzten Sitzung des Bürgerrates Mitte Januar 2024 vom Wissenschaftlichen Beirat des Bürgerrats kommentiert.

Zwischenergebnisse

Im Folgenden sind der Diskussionsverlauf und die Zwischenergebnisse pro Maßnahmenkorb dargestellt. Dabei ist jeweils ein Graphic Recording mit dem Diskussionsverlauf (Stand nach der 7. Sitzung) zu sehen und ein Graphic Recording pro Empfehlungsentwurf (Stand nach 8. Sitzung) eingefügt.

Label und Kennzeichnung

In der sechsten Sitzung definierte die Gruppe, was sie mit einem Label erreichen möchte: mehr Transparenz, damit Verbraucher unterstützt werden, sich für gesündere Lebensmittel und einen bewussteren Einkauf zu entscheiden. Dafür soll ein Label für die Bereiche Tierwohl, Gesundheit und Klima eingeführt werden. Die Teilnehmenden haben sich in der 6. Sitzung bereits erste Gedanken über verschiedene Gestaltungsmöglichkeiten dieses Labels

gemacht. In der 7. Sitzung wurde dies noch konkretisiert: es soll nach einer Übergangszeit verpflichtend sein.

Der Empfehlungsentwurf nach der 8. Sitzung trägt den Titel „Bewusstes Einkaufen leicht gemacht durch ein verpflichtendes staatliches Label“. Er beinhaltet die genannten Aspekte sowie die Ausgestaltung einer Übergangszeit von der Freiwilligkeit zur Verpflichtung, staatliche Kontrollmechanismen und eine begleitende Aufklärungskampagne.



Abbildung 1: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Label und Kennzeichnung (nach 7. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

BEWUSSTES EINKAUFEN LEICHT GEMACHT DURCH EIN VERPFLICHTENDES LABEL



Abbildung 2: Graphic Recording zu Label und Kennzeichnung (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Kostenloses Essen in Schulen und Kindergärten

Als Ziele definierten die Teilnehmenden in der 6. Sitzung die Förderung von Chancengleichheit, die Förderung gesunder Ernährung und das Prägen von positiven Ernährungsmustern bereits in der Kindheit. Diese Ziele wurden in den nachfolgenden Sitzungen nur noch leicht angepasst und finden sich auch in dem Empfehlungsentwurf nach der 8. Sitzung wieder. Konflikte und Fragen traten zu Beginn im Bereich Bund-/Länderkompetenz und der Finanzierung auf. Dazu hielt Prof. Dr. Ulrike Arens-Azevedo einen kurzen Vortrag zu Beginn der 7. Sitzung. Auch die Frage, welche Kinder Zugang zu kostenfreiem Essen haben sollen, wurde erst im Laufe der Sitzungen geklärt.

Der Empfehlungsentwurf nach der 8. Sitzung trägt den Titel: „Investition in die Zukunft: Kostenloses Mittagessen für alle Kinder als Schlüssel für Bildungschancen und Gesundheit“. Sie beinhaltet die Maßnahme, kostenfreies und gesundes Mittagessen bundesweit an Kitas und Schulen für alle Kinder täglich bereitzustellen. Die Finanzierung soll dabei mindestens zur Hälfte durch den Bund erfolgen. Umgesetzt werden soll die Maßnahme innerhalb von 8 Jahren, beginnend bei der jüngsten Altersstufe.

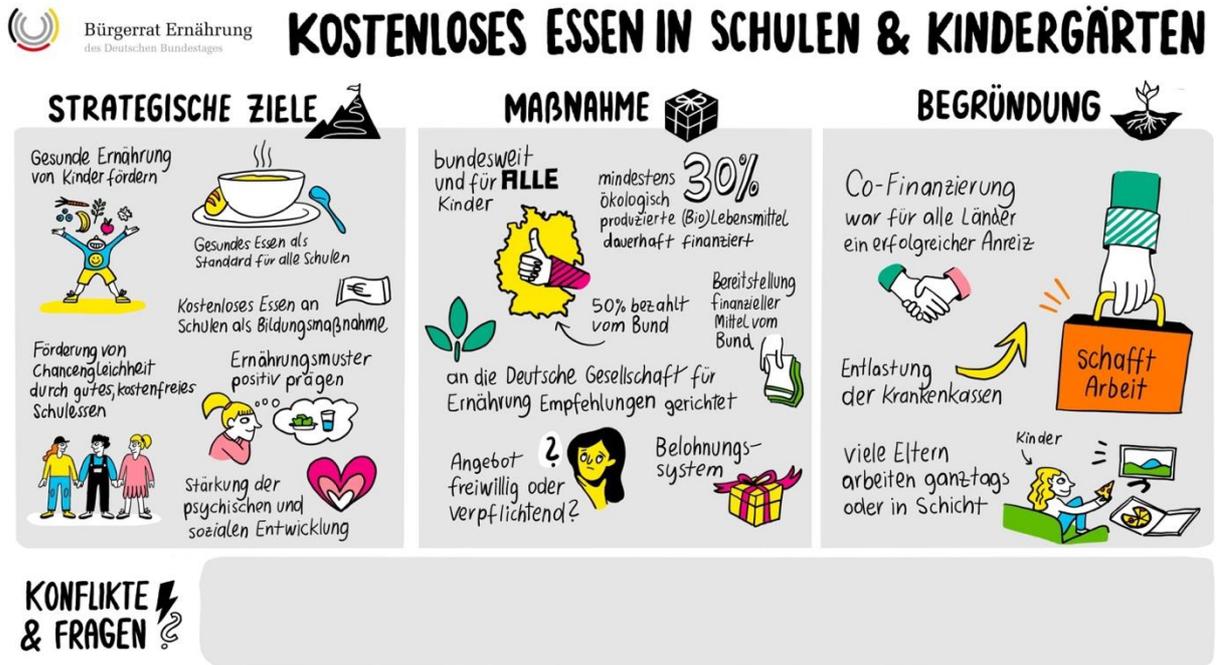


Abbildung 3: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Kostenloses Essen in Schulen & Kindergärten (nach 7. Sitzung)
© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther



Abbildung 4: Graphic Recording zu Kostenloses Essen in Schulen & Kindergärten (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung)
© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Essensqualität in der Gemeinschaftsverpflegung

Die Teilnehmenden einigten sich in der sechsten Sitzung auf das gemeinsame Ziel, gutes und gesundes Essen in der Gemeinschaftsverpflegung erreichen zu wollen und dafür Qualitäts- und Gesundheitsstandards zu etablieren. In der sechsten Sitzung beschlossen die Teilnehmenden, sich dabei nur auf Krankhäuser, Reha- und Senioreneinrichtungen zu fokussieren, da Kita- und Schulverpflegung bereits durch eine andere Gruppe abgedeckt wurde. Unterstützt wurden die Diskussionen durch Kurzvorträge in der 6. Sitzung von Daniela Kirsch mit Einblicken aus der Praxis sowie in der 7. Sitzung von Prof. Dr. Melanie Speck zum Thema aus wissenschaftlicher Sicht.

Der Empfehlungsentwurf nach der 8. Sitzung trägt den Titel „Gesunde, ausgewogene und angepasste Gemeinschaftsverpflegung in Pflegeeinrichtungen“. Dies soll erreicht werden durch eine verpflichtende und durch den medizinischen Dienst der Krankenkassen kontrollierte Bindung an die DGE-Qualitätsstandards. Zusätzlich soll eine Ernährungsberatung für Patienten und Patientinnen angeboten werden, wenn sie medizinisch notwendig ist.



Abbildung 5: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Essensqualität in der Gemeinschaftsverpflegung (nach 7. Sitzung)

© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther



Abbildung 6: Graphic Recording zu Essensqualität in der Gemeinschaftsverpflegung (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung)

© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Mehrwert- und andere Steuern

Da das Thema Steuern bei Lebensmitteln auf bisherigen Sitzungen des Bürgerrates kaum angesprochen wurde, erhielten die Teilnehmenden zu Beginn der 6. Sitzung und 7. Sitzung Informationen zum derzeitigen Stand der Regelungen in Form eines Kurzvortrags von Dr. Bianca Blum. In den anschließenden Diskussionen wurden verschiedene mögliche Anpassungen angesprochen, die auf das Ziel einer gesünderen und klimafreundlicheren Ernährung einwirken könnten. Es könnten klimafreundliche, gesunde, regionale und saisonale Nahrungsmittel niedriger besteuert werden, ungesunde Nahrungsmittel und Produkte mit geringen Tierhaltungsstandards höher besteuert werden sowie die Einordnung der Grundnahrungsmittel überarbeitet und transparenter gestaltet werden. Die Teilnehmenden berieten in den zwei Sitzungen gemeinsam darüber, welche der Maßnahmen in den Empfehlungsentwurf einfließen sollten und mit welcher Begründung.

Der Empfehlungsentwurf nach der 8. Sitzung trägt den Titel „Fördern statt fordern – neuer Steuerkurs für Lebensmittel“ und beinhaltet viele oben genannten Maßnahmen. Die Grundnahrungsmittel sollen dahingehend überarbeitet werden, dass vegane, vegetarische, klimafreundliche, nach Bio-Standards produzierte und gesunde Lebensmittel in die Liste der Grundnahrungsmittel aufgenommen werden. Darüber hinaus sollen die Mehrwertsteuersätze für Obst und Gemüse in Bio-Qualität auf 0% gesetzt werden und die für Zucker auf 19% erhöht werden. Die Teilnehmenden diskutierten außerdem eine Staffelung der Mehrwertsteuer für Fleisch entlang der Haltungsformen. Dies wurde in der 8. Sitzung jedoch nicht ausgearbeitet, sondern auf das 3. Wochenende vertagt, da es Überschneidungen mit der Gruppe „Tierwohl und Tierhaltung“ gibt.

Bürgerrat Ernährung des Deutschen Bundestages **MEHRWERT- & ANDERE STEUERN** **Gesunde und bezahlbare Lebensmittel / Ernährung für alle**

| STRATEGISCHE ZIELE | MAßNAHME | BEGRÜNDUNG |
|---|---|--|
| <p>Überarbeitung des Steuersystems für Lebensmittel</p> <p>Steuersystem vereinfachen / übersichtlicher machen</p> <p>klimafreundliche Nahrungsmittel vergünstigen</p> | <p>Definieren, was die wichtigsten Grundnahrungsmittel sind und diese in MwSt. begünstigen</p> <p>an Jahr 2023 anpassen</p> <p>Warenkorb vereinfachen</p> <p>vegane und vegetarische Lebensmittel wie Grundnahrungsmittel besteuern</p> <p>7%</p> | <p>Gleichstellung der Ernährungsformen</p> <p>Gesunde, nachhaltige & unverarbeitete Lebensmittel fördern</p> <p>Entlastung des Gesundheitssystems durch Förderung gesunder Lebensmittel</p> <p>Klimaentlastung durch weniger Fleischkonsum</p> <p>bezahlbare Lebensmittel für alle</p> |
| <p>KONFLIKTE & FRAGEN</p> <p>durch Lenkungssteuer verteuern: Alkohol, Zigaretten</p> <p>regionale und saisonale Produkte mit 0% besteuern</p> | | |

Abbildung 7: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Mehrwert- und anderen Steuern (nach 7. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Bürgerrat Ernährung des Deutschen Bundestages **FÖRDERN STATT FORDERN - NEUER STEUERKURS FÜR LEBENSMITTEL**

| MAßNAHME | BEGRÜNDUNG |
|--|---|
| <p>Definieren, was die wichtigsten Grundnahrungsmittel sind und diese in MwSt. begünstigen</p> <p>an Jahr 2023 anpassen</p> <p>Tiefgefrorenes Obst & Gemüse in Bio-Qualität 0% MwSt</p> <p>Obst & Gemüse Klasse 2 0% MwSt</p> <p>Zucker 19% MwSt</p> <p>klimafreundliche Nahrungsmittel günstiger machen</p> | <p>Entlastung des Gesundheitssystems durch Förderung gesunder Lebensmittel</p> <p>Eigenverantwortung Konsumenten</p> <p>bezahlbare Lebensmittel für alle</p> <p>Gesunde, nachhaltige & unverarbeitete Lebensmittel fördern</p> <p>Klimaentlastung durch weniger Fleischkonsum</p> |

Abbildung 8: Graphic Recording zu Mehrwert- und anderen Steuern (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern

Da auch dieser Maßnahmenkorb auf der 5. Sitzung des Bürgerrates gewählt worden war, aber bis dato kaum Informationen zu diesem Thema vermittelt worden waren, starteten auch hier die Gruppen in den Sitzungen 6 und 7 jeweils mit einem Kurzvortrag durch PD Dr. med. Thomas Ellrott. In der anschließenden Diskussion auf der 6. Sitzung konnten sich die Gruppenmitglieder auf die Ziele (Verbesserung der Gesundheit durch die Regulierung des Überkonsums von Zucker; Verwendung von weniger Zucker in verarbeiteten Lebensmitteln durch die Industrie) einigen, jedoch nicht auf die Empfehlung für eine Zuckersteuer. Das Ziel einer Besteuerung von Zucker und Ersatzstoffen ist die. Sie sammelten zusätzlich alternative Maßnahmen, mit denen Teile der oben genannten Ziele erreicht werden können, wie zum Beispiel Aufklärungskampagnen, Werbebeschränkungen, Überarbeitung des Nutri-Scores und Altersbeschränkungen für Energydrinks. In der 7. Sitzung verständigte sich die Gruppe darauf, dass eine mögliche Besteuerung nur auf Zucker und Zuckerersatzstoffe in Getränken gelten sollte.

Da in beiden Runden Teilnehmende für und gegen die Einführung einer Zuckersteuer argumentierten, wurde in der 8. Sitzung ein Empfehlungsentwurf Pro und ein Entwurf Contra Zuckersteuer in Getränken erarbeitet. Außerdem haben die Bürgerinnen und Bürger einen Empfehlungsentwurf zur Einrichtung einer Altersbeschränkung für Energydrinks ausgearbeitet. Dazu hielt in dieser Gruppe zu Beginn der 8. Sitzung Dr.-med. Martin Hulpke-Wette einen kurzen Vortrag zum Thema.

Der Empfehlungsentwurf PRO Steuer auf Zucker und Zuckerersatzstoffe in Softdrinks trägt den Titel „Gestaffelte Besteuerung von zuckerhaltigen Getränken sowie Getränken mit Süßungsmitteln“. Die Besteuerung soll an die Inflation angepasst werden und als Herstellerabgabe erhoben werden. Als Begleitmaßnahmen soll unter anderem Wasser günstiger gemacht werden, die Lenkungswirkung der Steuer evaluiert werden und eine Aufklärungskampagne zu Gesundheitsfolgen von Überkonsum von zuckerhaltigen Getränken durchgeführt werden.

Der Empfehlungsentwurf CONTRA Steuer auf Zucker und Zuckerersatzstoffe in Softdrinks trägt den Titel „Zuckersteuer auf Softdrinks - Nein, danke!“. In diesem Entwurf werden Alternativmaßnahmen zu einer Zuckersteuer empfohlen. Dazu gehören Aufklärungskampagnen, bessere Kennzeichnungen und Anreize für Unternehmen, gesündere Produkte anzubieten. Begründet wird dies damit, dass eine Steuer auf Softdrinks in die individuelle Wahlfreiheit des Verbrauchers eingreift und dass die Wirkung nicht abschließend wissenschaftlich erwiesen ist.

Der dritte Empfehlungsentwurf in diesem Themenbereich empfiehlt die Einführung einer Altersgrenze für Energydrinks. Diese sollte bei mindestens 16 Jahren liegen. Zusätzlich sollen auf der Verpackung Warnhinweise aufgebracht sein. Die Bürgerinnen und Bürger begründen das damit, dass die in Energydrinks enthaltenen Stoffe Negative Auswirkungen auf die Entwicklung des Gehirns von Kindern und Jugendlichen haben, und daher ähnlich wie Alkohol und Nikotin nicht an diese abgegeben werden sollten.

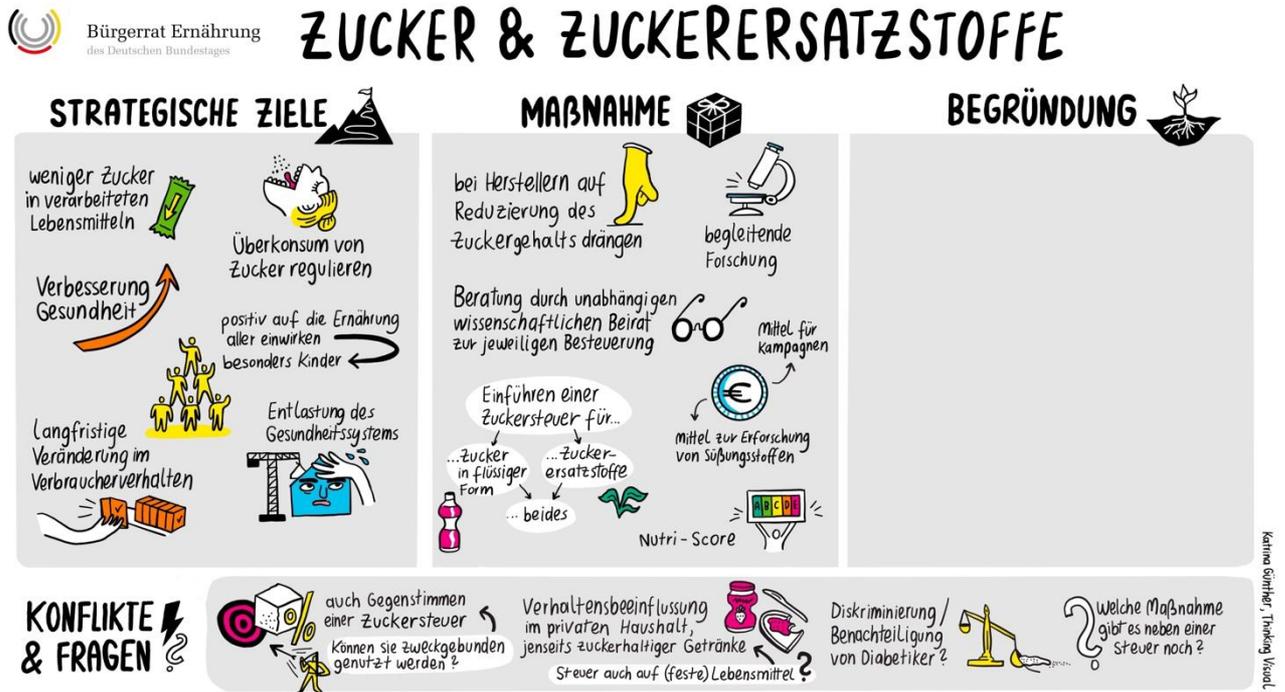


Abbildung 9: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Zucker und Zuckerersatzstoffe besteuern (nach 7. Sitzung)

© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther



Abbildung 10: Graphic Recording zu PRO Steuer auf Zucker und Zuckerersatzstoffe in Softdrinks (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung)

© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

ZUCKERSTEUER AUF SOFTDRINKS – NEIN, DANKE! STATTDESSEN BRAUCHT ES ALTERNATIVMAßNAHMEN.



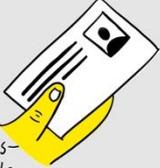
| MAßNAHME  | BEGRÜNDUNG  |
|--|--|
| <p> keine Lenkungssteuer</p> <p>Aufklärungs-kampagnen </p> | <p>Steuer auf Softdrinks greift in individuelle Wahlfreiheit ein </p> <p>Lieber das Bewusstsein für gesunden Lebensstil stärken </p> <p>Auswirkungen alternativer Zuckerversatzstoffe noch nicht ausreichend erforscht </p> <p>Reaktion Verbraucher nicht vorhersehbar </p> <p>großer bürokratischer Aufwand </p> <p>Belastung sozial benachteiligter Gruppen </p> |

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 11: Graphic Recording zu CONTRA Steuer auf Zucker und Zuckersersatzstoffe in Softdrinks (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung)
© Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

ALTERSGRENZE FÜR ENERGYDRINKS



| MAßNAHME  | BEGRÜNDUNG  |
|--|--|
| <p>Altersgrenze +16 </p> <p>wissenschaftliche Überprüfung, ob Altersgrenze weiter angehoben werden sollte </p> <p>Warnhinweise, die auf gesundheitliche Risiken hinweisen </p> <p>Ausweis-kontrolle </p> | <p>Gesundheitsschäden ähnlich wie bei Zigaretten, Alkohol </p> <p>Warnhinweise abschreckend </p> <p>kontraproduktiv für die geistige und körperliche Entwicklung von Jugendlichen </p> |

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 12: Graphic Recording zu Altersgrenze für Energydrinks (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Tierwohl und Haltungsformen

Ein Ziel der Gruppe war es, Transparenz zu Tierwohl und Haltungsformen herzustellen. Dazu soll ein Label entwickelt werden. Wie dieses Label gestaltet sein soll, was genau es abbilden soll und ob es verpflichtend sein soll oder nicht, diskutierten die Bürgerinnen und Bürger in Sitzung 6 und 7. Das zweite Ziel war, Landwirte bei der Umstellung auf eine höhere Haltungsform zu unterstützen, um so auf lange Sicht Haltungsform 1 abzuschaffen. Die Gruppenmitglieder berieten darüber, welche Subventionen an Landwirte gezahlt werden sollen, wie diese finanziert werden sollten und in welcher Form eine Tierwohlabgabe dazu beitragen kann. Ein Impulsvortrag zum Thema für die Teilnehmende kam in der 7. Sitzung von Prof. Dr. Harald Grethe.

In der 8. Sitzung entwickelten sie zu beiden Zielen einen Empfehlungsentwurf. Der erste trägt den Titel „Label für Haltungsform und regionale Herkunft der Tiere“. Darin ist beschrieben, dass das Label den gesamten Lebenszyklus des Tiers abbilden, für alle Tierarten sowie für alle Verarbeitungsformen verpflichtend sein soll. Das Label soll leicht verständlich und auch in Gastronomie und Gemeinschaftsverpflegung anwendbar sein.

Der zweite Empfehlungsentwurf trägt den Titel „Verbrauchssteuer zur Förderung des Tierwohls“. Darin ist festgehalten, dass auf tierische Produkte eine Verbrauchssteuer erhoben werden soll. Diese Mehreinnahmen sollen für eine kontinuierliche Tierwohlprämie genutzt werden, die Landwirte nach Umstellung auf eine höhere Haltungsform erhalten sollen. Damit sollen Landwirte unterstützt werden und einen Anreiz bekommen, auf eine höhere Haltungsform umzusteigen.



Abbildung 13: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Tierwohl und Tierhaltung (nach 7. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

LABEL FÜR HALTUNGSFORM UND REGIONALE HERKUNFT DER TIERE



MAßNAHME

gesamten Lebenszyklus abbilden

gut sichtbar auf Vorderseite

für alle Fleischsorten verpflichtend

mindestens das Herkunftsland sollte bekannt sein

Transport

Schlachtung

Geburt

Aufzucht

Haltung

Bundesland

Label

auf Nachfrage muss Label vorzeigbar sein

BEGRÜNDUNG

Kennzeichnungspflicht wirkt als Anreiz, Fleischproduktion umzustellen

Wettbewerbsvorteil gegenüber Importware

durch informative Label bessere Kaufentscheidung

Verbraucher kann verantwortungsbewusster handeln

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 14: Graphic Recording zu Label für Haltungform (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

VERBRAUCHSSTEUER ZUR FÖRDERUNG DES TIERWOHLS



MAßNAHME

Verbrauchssteuer

kontinuierliche Tierwohlprämie gestaffelt nach Umstellung Haltungform

Umbau artgerechte Nutztierhaltung

BEGRÜNDUNG

langfristige Planungs- und Rechtssicherheit

Unterstützung Landwirte

Intensivhaltung reduzieren & Tierhaltung auf höherem Niveau

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 15: Graphic Recording zur Förderung des Tierwohls (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Lebensmittelkontrolle

Als Ziele in dieser Gruppe wurden die striktere Umsetzung geltender Regelungen und die Transparenz der Kontrollergebnisse gegenüber der Bevölkerung identifiziert. In den Sitzungen 6 und 7 stellte die Gruppe verschiedene Maßnahmen zusammen, mit denen die Ziele erreicht werden sollen. Dies waren Maßnahmen zur Bekämpfung des Fachkräftemangels und das Einsetzen von Kennzeichnungen, um die Kontrollergebnisse der Bevölkerung einfach zugänglich zu machen.

Der Empfehlungsvorschlag, der in der 8. Sitzung entstand, beinhaltet beide oben genannten Ziele und trägt den Titel: „Mehr Personal für Lebensmittelkontrollen und bessere Transparenz der Ergebnisse für Bürgerinnen und Bürger“. Die Berufsordnung für Lebensmittelkontrolleure soll novelliert werden und die Zugangsvoraussetzungen für Lebensmittelkontrolleure vereinfacht werden, um dem Personalmangel entgegenzuwirken und die Kontrolldichte erhöhen zu können. Als zweite Maßnahme wird die Einführung eines Emoji- oder Ampelsystems gefordert, anhand dessen die Kontrollergebnisse transparent und leicht verständlich zugänglich gemacht werden sollen.

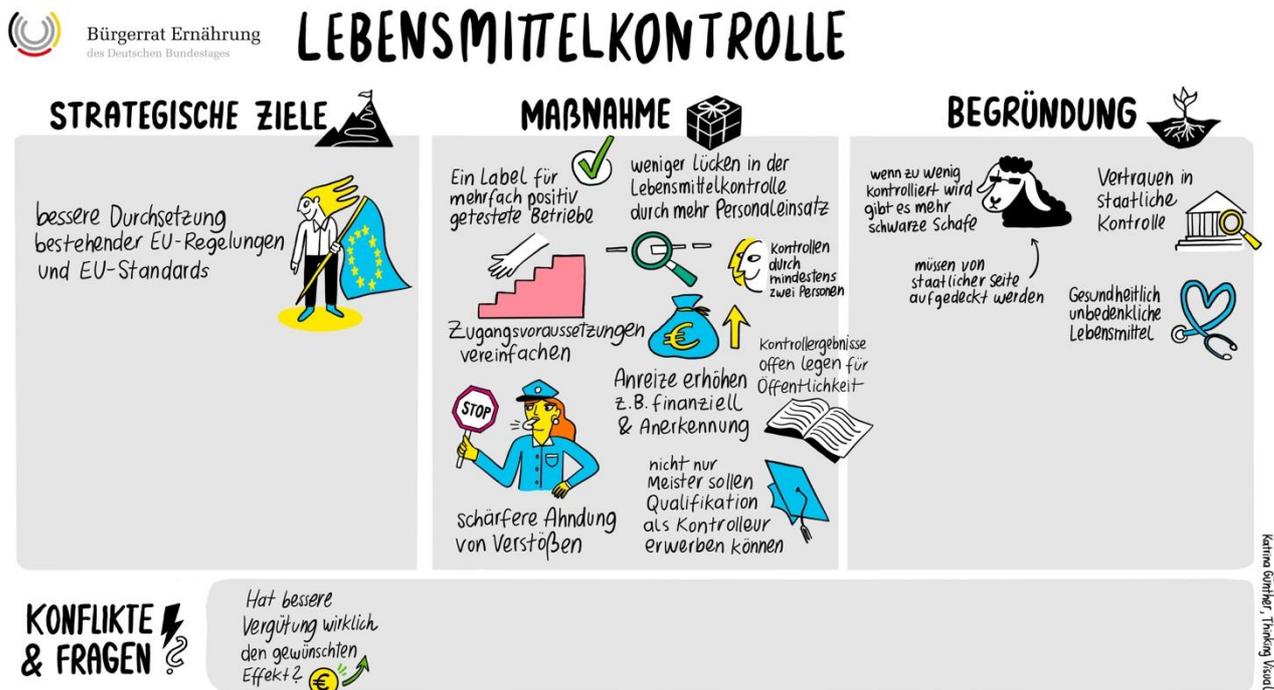


Abbildung 16: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Lebensmittelkontrollen (nach 7. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

MEHR PERSONAL FÜR LEBENSMITTELKONTROLLEN UND BESSERE TRANSPARENZ DER ERGEBNISSE FÜR BÜRGER

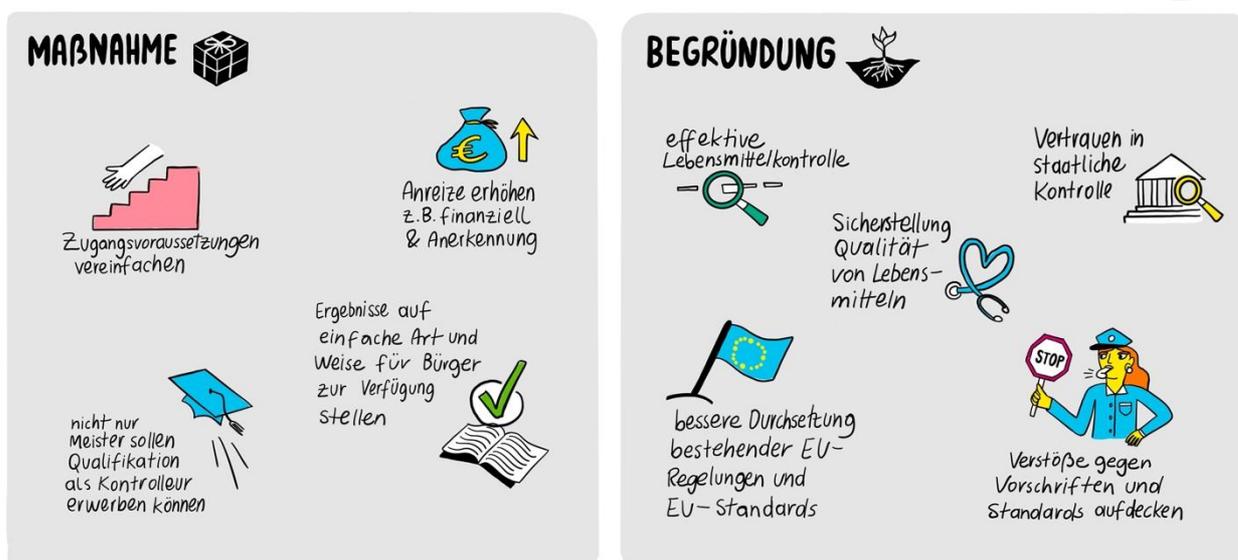


Abbildung 17: Graphic Recording zu Lebensmittelkontrollen (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Verpackung und Verschwendung

In Sitzung 6 hat sich die Gruppe bereits dazu entschieden, das Thema „Verpackung“ nicht weiterzubearbeiten, sondern sich auf das Thema Verschwendung zu begrenzen. Das Ziel ist es, die Lebensmittelverschwendung in Deutschland zu reduzieren. Die Gruppe hat sich in Sitzung 6 mit möglichen Maßnahmen beschäftigt. Diskutiert wurden Maßnahmen wie das Containern zu legalisieren, durch bessere Planungen Abfälle zu reduzieren, Unternehmen zu verpflichten, Lebensmittel zu spenden, bessere Aufklärung zum Thema Mindesthaltbarkeit und eine Reform des Mindesthaltbarkeitsdatums. In Sitzung 7 wurden dann zwei Maßnahmen-Stränge weiterverfolgt, die zu zwei Empfehlungsentwürfen in Sitzung 8 ausgearbeitet wurden.

Der erste Empfehlungsentwurf trägt den Titel „Verpflichtende Abgabe von genießbaren Lebensmitteln durch den Lebensmitteleinzelhandel“. Damit werden Lebensmitteleinzelhändler verpflichtet, noch genießbare Lebensmittel an Tafeln oder andere gemeinnützige Organisationen abzugeben. Dadurch soll Lebensmittelverschwendung reduziert werden und das Containern verhindert werden.

Der zweite Empfehlungsentwurf trägt den Titel „Aufklärung privater Haushalte – gib Lebensmittelverschwendung keine Chance“. Der Entwurf fordert, dass schon bestehende Aufklärungsangebote zielgruppenspezifisch ausgeweitet und bekannter gemacht werden. Dies soll der Lebensmittelverschwendung in privaten Haushalten entgegenwirken.

Bürgerrat Ernährung
des Deutschen Bundestages

LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG REDUZIEREN

STRATEGISCHE ZIELE

Lebensmittelverschwendung reduzieren durch Förderung der Weiterverwendung von Lebensmitteln von Supermärkten

Aufklärung: Reduzierung von Lebensmittelverschwendung auch im Bereich von privaten Haushalten

MAßNAHME

andere Bezeichnung Mindesthaltbarkeitsdatum (MHD)

Bestellung der Lebensmittel

Aufklärung

Abschreiberegelung von Supermärkten

Supermärkte geben Produkte vor MHD an gemeinnützige Organisationen

Verpflichtung von günstigem Verkauf fast abgelaufener Ware

50%

Containers entkriminalisieren

BEGRÜNDUNG

Lebensmittel sollen nicht weggeschmissen, sondern weitergegeben werden

die größte Lebensmittelverschwendung findet in privaten Haushalten statt

Aufklärung

KONFLIKTE & FRAGEN

Der Staat soll Privathaushalten nichts vorschreiben, aber Lebensmittelverschwendung ist schlecht

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 18: Graphic Recording zum Diskussionsverlauf Lebensmittelverschwendung (nach 7. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Bürgerrat Ernährung
des Deutschen Bundestages

VERPFLICHTENDE ABGABE VON GENIEßBAREN LEBENSMITTELN DURCH DEN LEBENSMITTELEINZELHANDEL

MAßNAHME

Erzeuger bekommen Strafe, wenn sie genießbare Lebensmittel wegwerfen

Pflicht, noch genießbare Lebensmittel an Tafeln oder gemeinnützige Organisationen abzugeben

BEGRÜNDUNG

Lebensmittel sollen nicht weggeschmissen, sondern weitergegeben werden

Nachgelagerte Probleme, wie z.B. Containers, verhindern

Ressourcen sind endlich

Katrina Günther, Thinking Visual

Abbildung 19: Graphic Recording zur Abgabe von genießbaren Lebensmitteln (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther



AUFKLÄRUNG PRIVATER HAUSHALTE – GIB LEBENSMITTELVERSCHWENDUNG KEINE CHANCE



Abbildung 20: Graphic Recording zur Aufklärung privater Haushalte (Empfehlungsentwurf nach 8. Sitzung) © Deutscher Bundestag/Künstlerin: Thinking Visual, Katrina Günther

Ausblick

Ein im Detailkonzept ursprünglich angedachtes Redaktionstreffen wird angesichts der fortgeschrittenen Entwürfe nicht benötigt. Die 12 Empfehlungsvorschläge werden vor dem 3. Wochenende durch den Wissenschaftlichen Beirat kommentiert. Am 3. Präsenzwochenende, das vom 12. bis 14. Januar 2024 in Berlin stattfindet, haben die Bürgerinnen und Bürger Zeit, um die Kommentare bei Bedarf einzuarbeiten und die Empfehlungsvorschläge final auszuarbeiten. Am Ende des Wochenendes stimmen sie darüber ab, welche Empfehlungen sie dem Deutschen Bundestag vorlegen. Diese werden anschließend zusammen mit einer Prozessdokumentation in einem Bürgergutachten zusammengestellt, das voraussichtlich am 20. Februar 2024 an die Bundestagspräsidentin übergeben wird.

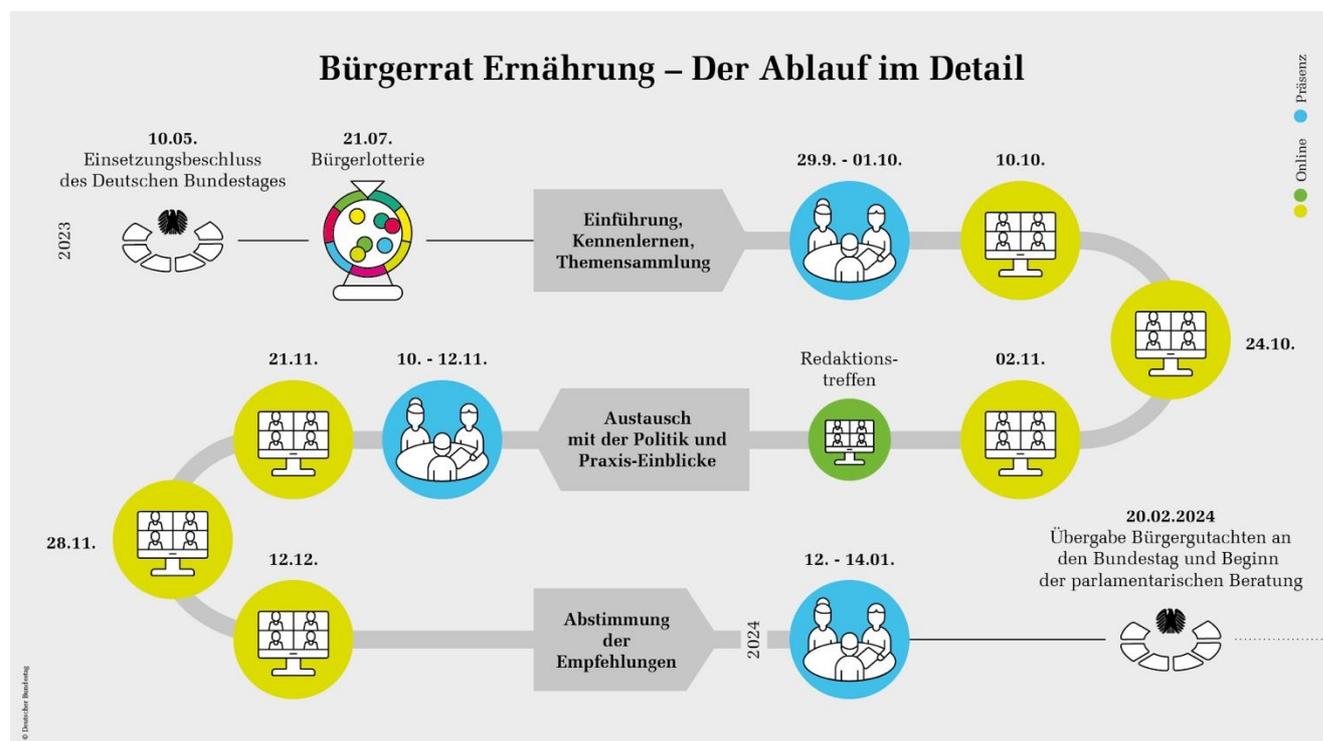


Abbildung 21: Übersicht zum Ablauf des Bürgerrates Ernährung im Wandel
 © Deutscher Bundestag/Grafik: Mehr Demokratie, Miriam Haug

Ausgewählte Zitate der Teilnehmenden aus den Kleingruppen

- "Ich glaube, man will eine unabhängige Meinung vom Bürgerrat, welche Dinge zu ändern sind."
- „Das Mindesthaltbarkeitsdatum bei manchen Produkten [Wasser, Salz, Reis] zeigt, wie absurd das alles ist.“
- "Was wollen wir erreichen, was ist uns ein Anliegen? Wie tief wollen wir rein?"
- "Nur mal so interessehalber: Wie sieht es mit Prämien auf gesunde Lebensmittel aus?"
- "Ich möchte in dieses konstruktive Nerven hineinkommen."
- „Ich bin schon wieder an meine Grenze gestoßen, denn es heißt immer wieder Land, Land, Land, das Land hat den Einfluss und nicht der Bund.“
- „Eine externe Agentur muss nicht gekauft sein. Das Team vom Bürgerrat ist ja auch eine externe Firma, die der Bundestag angestellt hat. Und die sind auch nicht parteiisch.“
- "Als Bürgerrat sagen wir z.B. schieß auf die Lobbyisten, wir wollen Obst und Gemüse steuerfrei!"
- "Egal was wir hier machen, das interessiert die Lobbyisten sowieso nicht."
- "Wir können doch nicht bestimmen, was die Leute essen, wir wollen nur informieren, was gesund ist."
- "Wenn wir immer nur sagen, "alle wie sie wollen", dann brauchen wir auch keinen Bürgerrat."

-
- „Wir sitzen ja nicht im Bürgerrat, um nichts zu machen.“
 - „Junge Menschen leben von Apps.“